

Anlässlich des Besuches der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Katrin Göring-Eckardt und Undine Kurth, Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und Sprecherin für Naturschutzpolitik am 24.07.08 im Landkreis Nordhausen:

„Appell von Niedersachswerfen“

Bündnis 90/Die Grünen stehen hinter den Zukunftskommunen in Deutschland.

Die Kommune Niedersachswerfen und die Mehrheit der Politikerinnen und Politiker, der Bürgerinnen und Bürger des Südharzes setzen sich seit Jahren – auch im Interesse kommender Generationen - mit Zivilcourage und Verantwortung für das ausgewogene Miteinander von Ökologie und Ökonomie und gegen den Raubbau an den reichen Ressourcen des Südharzes ein.

Die Landesregierung versagt der Region seit Jahren die Entwicklung als Biosphärenreservat. Das aktuelle Urteil des Obergerichtes zum Gipskarstabbau greift in kommunales Hoheits- und Planungsrecht ein. Es zeigt, dass die Position der Zukunftskommunen in Deutschland gesetzlich gestärkt werden muss.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN appellieren an alle demokratischen Parteien, die Gesetzgebung auf Bundes- und Länderebene so zu gestalten, dass sie nicht mehr die rücksichtslose Ausbeutung natürlicher Ressourcen in den Mittelpunkt stellt, sondern die Entwicklung eines ausgewogenen Verhältnisses von Ökonomie, Ökologie und sozialer Gerechtigkeit.

Unsere Forderungen:

1. Die Kommunen müssen das Recht haben, alle Standortfaktoren – Bodenschätze ebenso wie Natur- und Kulturlandschaft – in ihre Entwicklungskonzepte einzubeziehen.
2. Gesetze müssen so gestaltet werden, dass die Zukunftskommunen in ihrer nachhaltigen Entwicklung nicht behindern und Ressourcen in den Kommunen nicht unwiederbringlich vernichtet werden.

Der gegenwärtige Umgang mit dem Rohstoffreichtum im Landkreis Nordhausen ist ein Paradebeispiel für eine kurzsichtige, rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik, die auf Ausbeutung von Ressourcen setzt, statt auf deren nachhaltige Entwicklung. Die Landschaft mit ihren reichen Besonderheiten bietet langfristige Beschäftigungsmöglichkeiten. Die durch den Abbau der Rohstoffe geschaffenen Arbeitsplätze haben keine Zukunft. Sie verschwinden, wenn die Ressourcen erschöpft sind. Die Verarbeitung erfolgt andernorts. Die für den langfristig wirkenden Wirtschaftsfaktor Tourismus notwendigen Voraussetzungen, die Naturpotentiale und die Landschaft, werden durch den rücksichtslosen Abbau jedoch ebenfalls zerstört, d. h., doppelter Arbeitsplatzverlust und Verödung in Zukunft. Der Gipskarst ist unser Regenwald – die Mechanismen, die hier wirken, sind durchaus vergleichbar.

Mit diesem Appell von Niedersachswerfen senden die Bündnisgrünen Signale an alle Zukunftskommunen in Deutschland. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden prüfen, wie sie der Kommune Niedersachswerfen Unterstützung durch alle Instanzen geben kann.